Aleksej D. Krindatsch,
Rostislaw F. Turowskij

Die widerspenstigen Regionen

Besteht in Rußland die Möglichkeit einer kommunistischen „Restauration" oder einer regionalen „Reconquista"?

Die Verfasser des nachstehenden Beitrags, Mitarbeiter im Zentrum für europäische geopolitische Forschungen im Institut für Geographie der Russischen Akademie der Wissenschaften und in der Gorbatschow-Stiftung in Moskau, haben die Ergebnisse des Referendums vom 25. April 1993 einer Analyse nach regionalen Voraussetzungen und Ergebnissen unterzogen und dabei die Verwaltungsterritorien nach statistisch definierten sozial-ökonomischen Kriterien charakterisiert. Zum Vergleich herangezogen wurden die Ergebnisse der Präsidentenwahlen von 1991. Da außerdem das Referendum in einer Reihe von Verwaltungsterritorien mit zusätzlichen Fragen befrachtet war, insbesondere in dreizehn von ihnen mit der Neuwahl des Verwaltungschefs, aber auch mit einigen anderen, zum Beispiel der fast „modisch" zu nennenden Forderung nach höherem Rang in der Verwaltungsgliederung oder nach „ökonomischer Selbständigkeit", wurden auch diese berücksichtigt. Das „Image" der neu Gewählten in den Augen der Wähler haben die Verfasser auf Grund von öffentlichen Äußerungen und anderen einschlägigen Äußerungen in den Medien bestimmt, wobei Plausibilität, aber natürlich keine volle Objektivität möglich war.

Die Referendumsergebnisse wurden in den wichtigsten Presseorganen Ende April/Anfang Mai bekanntgegeben. Die vier gestellten Fragen lauteten:

1. *Haben Sie Vertrauen zum Präsidenten der Rußländischen Föderation, B. N. Jelzin?*
2. *Billigen Sie die Sozialpolitik, welche vom Präsidenten und der Regierung der Rußländischen Föderation geführt wird?*
3. *Halten Sie es für erforderlich, vorfristige Wahlen des Präsidenten der Rußländischen Föderation durchzuführen?*
4. *Halten Sie es für erforderlich, vorfristige Wahlen der Volksdeputierten der Rußländischen Föderation durchzuführen?*

Bei der ersten Frage galt die Mehrheit der Abstimmenden als ausschlaggebend, bei den drei anderen eine Mehrheit aller Wahlberechtigten.

Bevor die Frage angesprochen wird, ob in Rußland allgemein oder in einzelnen Regionen Rußlands die Möglichkeit einer politischen Revanche der mit den Kommunisten identifizierten Kräfte besteht, sollte Einigung über die Termini erzielt werden. Was bedeutet politische Revanche, Sieg, System, politische Landschaft im Hinblick auf die heutigen Regionen Rußlands? Ohne eine Antwort auf diese Frage wären alle Szenarien und Prognosen sinnlos: Sie wären abgehoben von der bestehenden politisch-geographischen Realität mit ihrem ganzen regionalen Facettenreichtum. Dagegen kommen wir mit der Beantwortung dieser Frage der Lösung unserer Aufgabe – der Einschätzung des Einflusses der „konservativ-kommunistischen" Kräfte und Stimmungen und der Aussichten für ihr weiteres Anwachsen – ganz nahe.
So läßt sich die politische Landschaft eines „normalen demokratischen" Staates mit gewachsenen politischen Strukturen und Traditionen unter Vorbehalt beschreiben als die für jede Region spezifische integrale Einheit dreier zusammenhängender Komponenten:

– des örtlichen Wahlvolks,
– der Gesamtheit der politischen Organisationen der Region sowie
– der politisch-administrativen Elite (Führung).

Was die Bevölkerung der jeweiligen Region betrifft, so bezieht sich die Definition auf den gewachsenen Grad politischer Aktivität (Beteiligung an Wahlen, Demonstrationen, Streiks usw.) und den Charakter der politischen Präferenzen (welche politischen Parteien bzw. Führer mit der größten Wahrscheinlichkeit gewählt werden). Die Einteilung der Regionen in aktive und passive, in konservative und liberale, ist reichlich vereinfacht und kontextbezogen, dennoch gibt sie, und sei es auch nur in verallgemeinerter Form, die politischen Realien adäquat wieder. Zudem zeigt die Erfahrung, daß der Charakter der politischen Sympathien der Bevölkerung, das regionale politische „Verhaltensmuster", im Vergleich zu den im Lande stattfindenden dynamischen sozial-ökonomischen Veränderungen viel träger und stabiler ist.
Für die zweite Komponente – die örtliche Gesamtheit der politischen Parteien, Organisationen und Bewegungen – ist zum einen die qualitative Zusammensetzung (Grad der Vielfalt, Breite des politischen Spektrums) und zum anderen die zahlenmäßige Stärke und das reale politische Gewicht (Ansehen) jeder Organisation von Bedeutung. Bei der Analyse des Bestands der politischen Organisationen einer Region ist es wichtig zu wissen, ob die Parteien dieser Region lokale Parteien sind oder ob sie Filialen zentraler, in der Hauptstadt basierender Vereinigungen sind.
Und schließlich die dritte Komponente der politischen Landschaft: die politisch-administrativen Eliten, d.h. diejenigen Personen, die kraft ihres professionellen Status (Führungsstellung in der Legislative und Exekutive) oder ihres Ansehens (Führer einflußreicher Parteien und Bewegungen) auf die Situation in der Region einwirken. Zu dieser Elite können auch diejenigen gezählt werden, die die Region in den zentralen Machtorganen, in der Hauptstadt vertreten. Die Elite sind diejenigen, die Entscheidungen treffen (die auch auszuführen sind).
Somit bildet die dreieinige Struktur „Bevölkerung – Parteien – Elite" die Grundlage der politischen Landschaft und bestimmt den Standort der Region im politischen Koordinatensystem des Landes. Auf Rußland angewandt, sind an diesem Schema mindestens drei wesentliche Abänderungen festzustellen:

Zum ersten sind in der Variante, so wie sie sich heute in Rußland darstellt, diese Komponenten kaum miteinander verbunden, sie hängen nicht voneinander ab und korrelieren nicht miteinander. Varianten des Typs „Hier die reformfreudige, liberal gesinnte Bevölkerung – dort die alte, starre, konservative Elite" (oder umgekehrt) sind in den Regionen Rußlands auf Schritt und Tritt anzutreffen. Nur schwach mit

dem „Geschmack" der Hauptmasse der Bevölkerung und ebenso mit der Orientierung der Eliten verbunden sind aber die Zellen der in der Region vertretenen zentralen Parteien. Die Ursachen dafür wären ein Thema für eine gesonderte Analyse. Für unseren Zweck soll es ausreichen klarzustellen, daß man nur schwer von einer einheitlichen politischen Landschaft in Rußland sprechen kann: Deren drei Komponenten sind nicht miteinander „verzahnt", sondern sie existieren und entwickeln sich weitgehend autonom. Dementsprechend kann die Analyse des Wiederauflebens und der Konsolidierung der politischen Kräfte „kommunistisch-konservativer" Orientierung auf drei Ebenen geführt werden: a) Orientierung der Bevölkerung, b) politische Organisationen und c) „Herren" der Region.

In der Praxis sollte sich aber nicht die Frage stellen, warum beispielsweise das Gebiet Orjol, das, gemessen am Tempo der Wirtschaftsreformen, gegenwärtig zu den zehn führenden Regionen Rußlands zählt (von den 779 Unternehmen des Gebiets sind schon 600 privatisiert), bei politischen Massenentscheidungen ein Hort des „Konservatismus" war und bleibt. So stimmten bei dem Unionsreferendum von 1991 71 Prozent der Bürger Rußlands für und 26 Prozent gegen den Erhalt der UdSSR, im Gebiet Orjol dagegen entsprechend 80 zu 19 Prozent. Bei der Präsidentenwahl von 1991 wurde Jelzin von 57 Prozent der an der Wahl teilnehmenden Bürger Rußlands unterstützt, in Orjol dagegen nur von 53 Prozent. Dagegen erhielt das „offizielle" Dreigespann Ryshkow – Bakatin – Makaschow hier 29 Prozent der Stimmen (gegenüber 24 Prozent in ganz Rußland). Beim letzten Referendum sprachen weniger als die Hälfte der Abstimmenden dem Präsidenten das Vertrauen aus, 41 Prozent der Wähler von Orjol waren für eine Neuwahl des Präsidenten (in Rußland: 31 Prozent). Die Vorlieben der örtlichen Bevölkerung wurden auch bei der Wahl des Chefs der Gebietsverwaltung am 11. April bestätigt, bei der Jegor Strojew, der ehemalige Erste Sekretär des Gebietskomitees der KPdSU, mit 70 Prozent der Stimmen einen überzeugenden Sieg errang.

Eine weitere Besonderheit Rußlands liegt darin, daß der Grad der politischen Aktivität und die Sympathien der Wähler weit weniger durch die Zugehörigkeit zu einer gesellschaftlich-beruflichen oder regionalen Gruppe bestimmt werden, obwohl auch das eine Rolle spielt. Von größerer Bedeutung ist der Typ der Siedlung, in der der Wähler lebt. Dabei reduzieren sich die Unterschiede nicht auf die herkömmliche Gegenüberstellung „Stadt – Land". Nach unserer Auffassung existieren vier Makrogruppen von Wählern: a) die Bewohner der Zentren von gesamtrussischer Bedeutung (Moskau, Sankt Petersburg, und in annähernd gleicher Weise Nowosibirsk, Jekaterinburg), b) die Bewohner der Zentren der Autonomien, Gebiete und Regionen, c) sonstige Städter und schließlich d) Dorfbewohner. Bei der Analyse der regionalen Typen politischer Vorlieben kommen diese Unterschiede nur noch mittelbar, über den Siedlungscharakter, zum Ausdruck: Es ist problematisch, eine Region dem einen oder anderen Typ zuzuordnen, wenn ihre Bevölkerung sich gleichmäßig auf Siedlungen unterschiedlicher Kategorien verteilt.

Für die Aufgabe, die wir uns gestellt haben (Ermittlung konservativer und liberal-reformistischer Regionen), lassen sich die „Gefahren", die auf den Forscher lauern, am Beispiel der Republik Baschkortostan (Baschkirien) aufzeigen. Diese Republik verweigerte dem Präsidenten und seiner Politik beim letzten Referendum das Vertrauen: Lediglich 40 Prozent der Wahlbeteiligten vertrauen dem Präsidenten, und nur 36 Prozent unterstützen seine Politik, fast 42 Prozent aller Wähler forderten eine Neuwahl des Präsidenten (eine Neuwahl der Abgeordneten forderten nur 38 Prozent). Hier ist man versucht, die gesamte Republik zu den „konservativen" Regionen zu rechnen; tatsächlich viel aktueller und gesellschaftlich bedeutsamer ist aber die Tatsache der politischen Polarisierung zwischen drei Gruppen: den Einwohnern der Stadt Ufa (27 Prozent der Bevölkerung der Republik), den übrigen Stadtbewohnern (38 Prozent) und den Dorfbewohnern (35 Prozent). Vertrauen gegenüber dem Präsi-

denten äußerten in diesen Gruppen jeweils 49, 43 bzw. 26 Prozent der Wahlbeteiligten. Noch größer war die Diskrepanz der Meinungen bei den Fragen 2 und 3. In Ufa billigten 56 Prozent der Abstimmenden die Politik des Präsidenten, für seine Neuwahl sprachen sich lediglich 26 Prozent der Wähler aus. Dagegen betrugen diese Zahlen in den übrigen Städten 38 und 38, unter der Landbevölkerung 25 und 57 Prozent. Auch in der Frage 5 – wirtschaftliche Selbständigkeit – gab es keine Einigkeit: „dafür" stimmten in Ufa 62 Prozent, in den übrigen Städten 70, und auf dem Lande 86 Prozent. Nur in der Frage nach einer Neuwahl der Abgeordneten unterschied sich die Stimmenverteilung fast nicht von der durchschnittlichen Verteilung auf Republikebene.

„Komfortabel" für eine politische-geographische Analyse sind somit entweder ländliche Regionen oder solche, in denen der Anteil der Bevölkerung der Gebietshauptstadt groß ist. In allen übrigen Fällen steht hinter dem für die jeweilige Region „durchschnittlichen" Konservatismus bzw. Reformismus mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Aufspaltung der politischen Sympathien der einzelnen Teile des Wahlvolks, und diese Aufspaltung an sich sagt mehr über die gesamte gesellschaftlich-politische Atmosphäre der Region aus als die gemittelten Werte.

Die letzte Besonderheit liegt in der Unterentwicklung der „Parteienkomponente" in der politischen Landschaft Rußlands, in ihrer geringen Bedeutung und Zweitrangigkeit gegenüber dem Faktor der „Eliten". Das gilt besonders für die lokalen Ableger der gesamtrussischen Parteien. Man kann (natürlich einigermaßen vereinfacht) sagen, daß die Tätigkeit dieser Parteien die Tätigkeit ihrer Gründer und Führer ist und hauptsächlich in Moskau und Sankt Petersburg stattfindet. Hier ist es eher angebracht, von Parteienkampf und Parteieneinfluß zu sprechen. Was die regionalen Ableger der Parteien betrifft, so ist allein die Tatsache zu konstatieren, daß solche Ableger existieren, wobei Angaben über ihre Mitgliederzahlen (selbst wenn sie zutreffen) lediglich in groben Zügen etwas über ihren Einfluß auf das Leben in der Region und über die politischen Orientierungen der Hauptmasse der Bevölkerung aussagen. Daher sollte bei einer Analyse des politischen Antlitzes einer Region nicht zuviel Raum auf die Beschreibung der örtlichen Parteistrukturen verwendet werden: im wesentlichen handelt es sich dabei nur um Keime, die bei weitem nicht alle wachsen und Wurzeln schlagen werden.

Das Referendum vom 25. April, die Wahlen der Gebietsverwaltungschefs und die Nachwahlen der Volksdeputierten in einigen Regionen lassen eine Stärkung der Positionen der Konservativen und eine Rückkehr der ehemaligen Führungskader aus Partei und Wirtschaft in die politischen Führungsämter erkennen. Gleichzeitig gewann in Rußland der Prozeß der politischen Selbstorganisation der Provinz an Dynamik.

Was bedeutet der Prozeß der politischen Selbstorganisation, und wie verhält er sich zum Begriff „kommunistische Reconquista"?

Das Wesen dieser Selbstorganisation liegt in der Ausbreitung der politischen Aktivität von den traditionellen „Brennpunkten" Moskau und Sankt Petersburg auf die Ebene der Gebietshauptstädte. Der nächste Schritt ist die faktische Selbstbestimmung der Regionen, ihre betont selbständige Wahl des Entwicklungsmodells angesichts der ineffektiv gewordenen Vertikale „Moskau–Peripherie". Die politische Selbstorganisation der Regionen ist ein natürlicher und unausweichlicher Prozeß, in dessen Verlauf das Zentrum von den Objekten seiner „Reformen von oben" das „Placet" oder das „Nein" erhält. Daneben erheben die Regionen ihre Stimme als aktiv handelnde Subjekte der großen Politik. Das zunehmende Interesse an den Wahlen der örtlichen Verwaltungschefs zeugt davon, daß die Regionen einen Herrn haben möchten, der im Einklang mit den Ansichten und der Mentalität ihrer Bevölkerung steht, und ganz gewiß keinen „Chicago boy". Es hat ein objektiver Prozeß der Organisation Rußlands von unten eingesetzt, entsprechend der mosaikarti-

gen kultur- und sozio-geographischen Struktur des Landes. Heute hat es für das Zentrum keinen Sinn, diesen Prozeß zu stören und den Regionen das eigene (und schon gar nicht ein für alle einheitliches) Entwicklungsmodell aufzuzwingen. Eine flexible Regionalpolitik ist im gegenwärtigen instabilen Rußland nur nach dem Prinzip einer auf der Linie „Zentrum – Region" in beiden Richtungen wirkenden Systemkommunikation des Typ „challenge and response" möglich.

Die politische Revanche der ehemaligen Partei-Nomenklatura in der Provinz ist ein Abbild der örtlichen Präferenzen: „Ja" zu einer allmählichen Evolution der sozialistischen Gesellschaft und zum Rückhalt in der Tradition, „nein" zum kapitalistischen Umsturz (aber nicht zu Reformen generell) und zur Einpflanzung westlicher Modelle.

Die Rückkehr der „Ehemaligen" an die Macht (in vielen Regionen haben sie, besonders auf der Ebene der Verwaltungsbezirke, die Macht überhaupt nie verloren) ist auch eine Schutzreaktion der Regionen auf den Zusammenbruch des Systems der gesamtstaatlichen Verwaltung und auf die politische Unsicherheit in Moskau. Der Kampf gegen das berüchtigte Administrativ- und Kommandosystem hatte ganz offensichtlich die Desorganisation des Verbindungsstranges „Zentrum – Regionen" und allgemeine Anarchie zur Folge.

Daher bedeutet die Rückkehr der ehemaligen Parteinomenklatura an die Macht vor Ort in den Augen der Bevölkerung nicht so sehr eine Wiedererrichtung der kommunistischen Herrschaft in Rußland als vielmehr die Überwindung der Anarchie.

Die Heranbildung des Schutzmechanismus begann an den „empfindlichsten" Orten Rußlands, den nationalen Autonomien, in denen Präsidentenwahlen stattfanden und die Souveränität erklärt wurde. Gegenwärtig setzt sich diese Entwicklung aktiv in den russischen Gebieten fort, wo sie ein Gegengewicht zu der geschwächten Kontrolle durch die Zentralbehörden bildet. Natürlicherweise beginnt diese Entwicklung in denjenigen Regionen, die gegenüber der Politik des Zentrums am wenigsten loyal sind (die Rede ist hier von der Loyalität der Gesamtbevölkerung und nicht nur der örtlichen politischen Elite), was auch darin zum Ausdruck kommt, daß die Idee einer allgemeinen Wahl der Verwaltungschefs an Popularität gewinnt. Man kann sagen, daß Rußland aufgrund seiner bitteren Erfahrungen jede Revolution ablehnt, wie „samten" sie auch sein mag und wie schön die Parolen, unter denen sie antritt, auch klingen mögen. Deshalb entwickelt die Provinz einen Schutzmechanismus, mit dem sie sich gegen alles Revolutionäre, das „von oben" kommt, immunisieren will.

Kurz gesagt: Die russischen Provinzen suchen nach eigenen Entwicklungswegen, wobei die politische Selbstorganisation in drei Richtungen verläuft.

Erstens: Anpassung der örtlichen herrschenden Elite an die überwiegenden politischen Einstellungen unter den Bewohnern der Region. Die besten Chancen haben in weiten Teilen des Landes unter den gegebenen Bedingungen „gemäßigte Zentristen" oder aber konservative Pragmatiker.

Zweitens: Demonstrative Abkehr der Region vom Zentrum bei größtmöglicher Defacto-Autonomisierung. Die äußerliche Argumentation liegt auf der Hand: das Durcheinander im Zentrum, die Inkonsequenz der Politik des Zentrums. Die inneren Ursachen einer derartigen Autonomisierung hängen einerseits damit zusammen, daß das Zentrum über die Gegebenheiten vor Ort nicht Bescheid weiß, und andererseits damit, daß die Region aufgrund ihrer eigenen Spezifik nicht in der Lage ist, von „oben" ausgehende Veränderungen aufzunehmen (selbst wenn sie gut sind). In dieser Situation spielt die örtliche Administration die Rolle eines Puffers zwischen der Zentralmacht und dem Volk. Wenn sie wirksam funktionieren soll, dann muß an ihrer Spitze ein Mann aus der eigenen Mitte stehen und kein „Import".

Drittens: Wiederherstellung der Regierbarkeit innerhalb der Region. Zur Erfüllung dieser Aufgabe müssen erfahrene Verwalter herangezogen werden, und die können

nur aus der ehemaligen Partei-Nomenklatura kommen. So wird ein stabiles Verwaltungssystem, ähnlich dem der „Stagnationsjahre", reproduziert. Die Wähler stimmen bewußt für ein solches System, denn sie sehen darin eine reale, spürbare personifizierte Macht. Im Prinzip fällt die Wahl nicht unbedingt auf irgendeinen „Ehemaligen", es muß sich vielmehr um eine starke Persönlichkeit handeln, die bereit und imstande ist, erstens, für die Interessen der Region einzustehen, zweitens den aus den Fugen geratenen Verwaltungsmechanismus in Ordnung zu bringen und drittens als „starker Herr" zu regieren.

Als wen sehen die Wähler den Apparatschik, wenn sie ihm bei Wahlen ihre Stimme geben? Zunächst einmal den erprobten Verwalter mit langjähriger Praxis. Wonach sich die Wähler zurücksehnen, ist nicht so sehr ein effizientes als vielmehr ein reibungslos funktionierendes, eingefahrenes und berechenbares Verwaltungssystem. Zweitens sehen die Wähler im Apparatschik einen Garanten für sozialen Schutz und Stabilität. Beides wird mit Sozialismus und Kommunismus assoziiert: nicht besser und nicht schlechter, heute so wie gestern. Und natürlich sind alle für „maßvolle Reformen ohne soziale Verluste", für „politische Kontinuität statt revolutionärer Diktatur", für „Sorge für die Heimatregion und ihre Bewohner". Besonders trifft dies für den Geschmack der „bodenständigen Schicht", der traditionalistisch eingestellten Bevölkerung der Dörfer und Kleinstädte, zu. Wenn man analysiert, welches Gewicht diese Schicht hat, dann kann man die Resultate der vergangenen Abstimmungen richtig interpretieren und die Situation auf regionaler Ebene prognostizieren.
Dies alles führt zu einer grundsätzlichen Schlußfolgerung: Heute formiert sich Rußland spontan, es sucht sich selbst von „unten", von den Regionen her. Wenn diese Entwicklung friedlich bleiben soll, dann darf man sie weder unterdrücken, noch einseitig nach den eigenen Sympathien oder Antipathien bewerten. Auf die Stimmen der Regionen eines so großen Landes wie Rußland muß man hören, und man muß sie respektieren. In der Provinz einen guten „alten Herrn" zu haben, der es versteht, sich mit dem Zentrum zu arrangieren und ihm das „Seine" zu geben, und der dabei den Erwartungen der Hauptmasse der Bevölkerung entspricht – das ist eine für Rußland angemessene Entwicklungsvariante, und es ist die einzige heute mögliche.

Die Lehren aus den Wahlen oder: Was beim Referendum vom 25. April 1993 außer dem Referendum stattfand

„Die Wahlen in den Regionen sind die Revanche des Konservatismus"

Am 11. und 25. April 1993 fanden (gleichzeitig mit dem gesamtrussischen Referendum) in 13 Regionen Wahlen statt. Zu wählen waren Verwaltungschefs (Kalmykien, Region Krasnojarsk, Gebiete Orjol, Pensa, Lipezk, Tscheljabinsk, Smolensk, Brjansk, Amur und Sachalin) und Volksdeputierte für das russische Parlament als Ersatz für ausscheidende Abgeordnete (Region Krasnodar, Kursk, Tula). Es ist klar, daß für das politische „Image" der Kandidaten im Vorfeld und während des Referendums deren Haltung zum Präsidenten und zu seiner Politik gesellschaftlich-politischer Veränderungen von erstrangiger Bedeutung war. Bei der Wahl eines Kandidaten und eines bestimmten Entwicklungsmodells für ihre Region verknüpften dementsprechend die Wähler ihre Antwort auf die Fragen des gesamtrussischen Referendums mit ihrer Orientierung auf einen der Bewerber.
An dem Wahlmarathon beteiligte sich eine große Anzahl von Kandidaten, die ganz unterschiedliche politische Positionen vertraten. Dennoch reichte in sieben von drei-

Bezeichnung des Verwaltungsterritoriums (oblast'/kraj/Republik)	Orjol	Krasnodar	Pensa	Lipezk	Tscheljabinsk
„Image" des örtlichen Wahlsiegers	Alte Partei-Nomenklatur	Alte Partei-Nomenklatur	Alte Verwalt.-Nomenklatur	Alte Verwalt.-Nomenklatur	Alte Verwalt.-Nomenklatur
Sozial-ökonomischer Charakter des Gebiets nach: Erwerbsstruktur	Agrarisch-industriell	Agrarisch-industriell	Agrarisch-industriell	Gemäßigt industriell	Hyper-industriell
Anteil der Landbevölkerung in %	37	45,5	37	36,5	17,5
Nationaleinkommen (produziertes) pro Kopf, Rubel im Jahr 1990	3–4 tsd.	2–3 tsd.	2–3 tsd.	2–3 tsd.	2–3 tsd.
Relation des im betreffenden Territorium produzierten zum verbrauchten Nationaleinkommen	größer	größer	größer	größer	größer
Positive/negative Bilanz im interregionalen Konsumgüterverkehr	positiv	positiv	positiv	positiv	positiv
Steigerungsrate der Preise im Verhältnis zu der des Durchschnittseinkommens, 1992	1,5–2,4:1	1,5–2,4:1	1,5:1	1,5–2,4:1	1,5–2,4:1
Wahlbeteiligung in %					
1991, Präsidentenwahl	82,4	72,8	84,1	80,7	80,3
1993, gesamtrussisches Referendum	68,6	62,4	70,8	68,8	59,2
Soziale Basis der Demokraten/Reformer (Stimmenanteile von allen Wahlberechtigten, nicht der Wähler, in %)					
a) 1991 für Jelzin	43,5	33,5	51,4	50,1	61,8
b) 1993 Vertrauen für den Präsidenten (= „Ja" auf die 1. Referendumsfrage)	31,6	33,6	32,0	33,9	42,4
c) 1993 Billigung der soz.-ökon. Politik des Präsidenten (= „Ja" auf die 2. Referendumsfrage)	29,1	30,8	29,1	30,8	38,6
Wachsen oder Schrumpfen (±) der sozialen Basis der Demokraten/Reformer 1991–1993 (Unterschied zwischen Punkt c) und a) in Prozentpunkten)	– 14,4	– 2,7	– 22,3	– 19,3	– 23,2
Soziale Basis der Konservativen (Stimmenanteile von allen Wahlberechtigten, nicht der Wähler, in %)					
a) 1991 für Ryshkow/Bakatin/Makaschow	23,1	22,6	17,5	18,0	10,0
b) 1993 Ablehnung der soz.-ökon. Politik des Präsidenten („Nein" auf die 2. Referendumsfrage)	37,8	30,2	40,0	38,0	18,9
c) Für vorzeitige Neuwahl eines Präsidenten („Ja" auf die 3. Referendumsfrage)	40,8	33,5	41,5	38,8	24,7
Wachsen oder Schrumpfen (±) der sozialen Basis der Konservativen 1991–1993 (Unterschied zwischen Punkt b) und a) in Prozentpunkten)	+ 14,7	+ 7,6	+ 22,5	+ 20,0	+ 8,9

Smolensk	Kursk	Brjansk	Tula	Kalmykien	Amur	Sachalin	Krasnojarsk
Alte Wirtsch.-Nomenklatur	Alte Wirtsch.-Nomenklatur	Überzeugter Kommunist	National-Patriot	Junger pragm. Geschaftsmann	Apolit. Wirtschaftsmann	Apolit. Wirtschaftsmann	Gemäßigter Demokrat
Agrarisch-industriell	Agrarisch-industriell	Agrarisch-industriell	Hyper-industriell	Agrarisch	Agrarisch-industriell	Übergang zu post-industr.	Hyper-industriell
31	41	32	18,5	54	32	15	27
2–3 tsd.	2–3 tsd.	2–3 tsd.	2–3 tsd.	< 1 tsd.	2–3 tsd.	3–4 tsd.	3–4 tsd.
größer	größer	gleich groß	größer	kleiner	kleiner	kleiner	größer
positiv	positiv	ausgeglichen	positiv	negativ	negativ	negativ	positiv
1,5–2,4:1	1,5–2,4:1	1,5–2,4:1	1,5–2,4:1	> 3,5:1	1,5–2,4:1	2,5–3,4:1	2,5–3,4:1
82,5	85,4	81,9	78,2	77,7	74,7	70,0	71,8
72,8	67,7	64,0	67,6	66,1	60,3	56,2	59,4
30,8	46,1	44,1	49,9	24,1	28,3	38,4	43,2
28,6	28,8	28,4	41,4	44,7	26,2	34,0	38,7
26,5	26,1	25,2	37,4	42,3	24,0	28,7	35,1
– 4,3	– 20,0	– 18,9	– 12,5	+ 18,2	– 4,3	– 9,7	– 8,1
35,3	22,9	22,6	20,2	27,2	31,1	18,9	14,3
31,8	41,3	38,8	27,7	23,8	34,9	25,3	23,8
43,7	41,1	39,5	33,3	28,5	34,8	27,3	27,7
– 3,5	+ 18,4	+ 16,2	+ 7,5	– 3,4	+ 3,8	+ 6,4	+ 9,5

zehn Fällen ein einziger Wahlgang. Analysiert man die politischen Überzeugungen und die Biographien der Sieger, so drängt sich der eindeutige Schluß auf, daß diejenigen Kräfte gesiegt haben, die unter Vorbehalt als „konservative Vertreter der Stagnationszeit" bezeichnet werden können. Dabei handelt es sich um die „alte Partei-Nomenklatura" (im Gebiet Orjol: Jegor Strojew; in der Region Krasnodar: Nikolaj Kondratenko), die „alte Exekutiv-Nomenklatura" (Lipezk: Michail Narolin; Pensa: Anatolij Kowljagin; Tscheljabinsk: Pjotr Sumin), die „alte Wirtschafts-Nomenklatura" mit festen kommunistischen Überzeugungen (Smolensk: der Direktor der Kühlschrankfabrik Anatolij Gluschenkow, zu dessen Gunsten zwei ehemalige Sekretäre des KPdSU-Gebietskomitees ihre Kandidatur zurückgezogen hatten; Kursk: der ehemalige Sowchosdirektor Wladimir Lichatschow, der danach dem Gebietssowjet vorstand), und schließlich um einen „überzeugten Kommunisten, der nicht der Nomenklatura entstammt" (in Brjansk wurde der Volksdeputierte des russischen Parlaments und ITAR-TASS-Korrespondent Jurij Lodkin zum Verwaltungschef gewählt). Ein Sonderfall ist Tula, das den Führer der örtlichen national-patriotischen Organisation „Volksversammlung", den Militärangehörigen Sergej Kirejew, in das Parlament Rußlands delegierte.

Was die Regionen angeht, die sich für „reformerische Demokraten" entschieden, so wurden in drei Fällen pragmatische Unternehmer gewählt (Kalmykien: Kirssan Iljumshinow; Amur-Gebiet: Alexander Surat; Sachalin: Jewgenij Krasnojarow), und nur in einem Fall (Region Krasnojarsk: Walerij Subow) kann man tatsächlich vom Sieg eines „gemäßigten Demokraten" sprechen (im übrigen handelt es sich hier um die Bestätigung der Vollmachten eines Kandidaten, der schon den Status eines geschäftsführenden Verwaltungschefs besaß und der zuvor Dekan der Wirtschaftsfakultät der örtlichen Universität gewesen war).

Die vorangehende Tabelle zeigt die politischen Präferenzen und die Aktivität der Bevölkerung in den Regionen, in denen Wahlen stattfanden. Hier sei angemerkt, daß alle angeführten Zahlen den Anteil der jeweiligen Wähler an der Zahl der eingetragenen Wahl*berechtigten* und nicht nur an deren aktivem Teil, d.h. den Wahl*teilnehmern*, wiedergeben. Gerade solche Zahlen vermitteln ein charakteristisches Bild von der Position aller Bevölkerungsgruppen der Region, die, vereinfacht gesagt, aus aktiven „Konservativen" und „Demokraten" bestehen, sowie denen, die ihre Position nicht festgelegt haben oder denen die Wahlen einfach gleichgültig sind (alle Nichtwähler). Im Hinblick auf den allgemeinen Rückgang der Wahlaktivität in allen Regionen (s. Tabelle) ist dies der einzig richtige Ansatz, wenn man die Zu- oder Abnahme der Gruppen, auf die sich die verschiedenen Führer stützen können, analysieren will: Offensichtlich bedeutet die Tatsache, daß die „Demokraten" im Zeitraum 1991–1993 einen Teil ihrer Wähler verloren haben, nicht automatisch, daß dieser Teil ins Lager der „Konservativen" übergewechselt ist.

Mit dem Anteil der Wähler, die die „Demokraten" unterstützen, ist hier der prozentuale Anteil der Stimmen gemeint, die bei den Wahlen 1991 für Jelzin abgegeben wurden und die sich 1993 für dessen Reformpolitik aussprachen. Die soziale Basis der „Konservativen" bildeten diejenigen, die 1991 für N. Ryshkow, A. Makaschow und W. Bakatin (die Musterbeispiele der „offiziellen", von der Führung aufgestellten Kandidaten) stimmten und 1993 zu den Reformen des Präsidenten „nein" sagten. Wie aus der Tabelle hervorgeht, deckt sich der Anteil der Nein-Stimmen in der Frage der Reformen fast mit dem der Ja-Stimmen für eine Neuwahl des Präsidenten (Ausnahmen: Tscheljabinsk und Smolensk), doch es zeigt sich, daß der Grad der Stimmungen gegen den Präsidenten etwas höher ist als gegen die Reformen. Da für uns aber nicht die Gruppe derjenigen von Interesse ist, die Jelzin persönlich ablehnen, sondern uns die überzeugten „Konservativen" interessieren, haben wir als Kriterium zur Bestimmung dieser Gruppe das „Nein" in der zweiten Frage des Referendums genommen. Ebenso ist die Zahl derjenigen, die Jelzin persönlich vertrauen, größer

als die Zahl derer, die entschlossen den Weg der Reformen des Präsidenten gewählt haben, aber gerade diese letztere Gruppe bildet eine verläßliche Stütze für die politischen und sozial-ökonomischen Veränderungen in den Regionen, so wie sie heute vom Zentrum vorgegeben werden. Deshalb liegt die Basis der Demokraten bei den Ja-Stimmen in der zweiten Frage des Referendums.

Bei einer Untersuchung der Werte, die den Einfluß der verschiedenen politischen Plattformen 1991 und 1993 zeigen, und bei ihrem Vergleich mit den gesamtrussischen Werten lassen sich mehrere Aspekte unterscheiden: In jenen Regionen, in denen vor dem Referendum Konservative gewählt waren, lag die Basis der Anhänger des Präsidenten auch nach den Ergebnissen des Referendums niedriger als im gesamtrussischen Durchschnitt (34 Prozent der Wähler der Russischen Föderation). Eine Ausnahme bildeten Tscheljabinsk (wo allerdings von 1991 bis 1993 ein steiler Rückgang um 23 Prozentpunkte zu verzeichnen ist, gegenüber durchschnittlich 9 Prozentpunkten in Rußland) und Tula, wo eigentlich kein klassischer „Nomenklatura-Mann" gewählt wurde, sondern ein National-Patriot, was nicht gleichbedeutend mit „kommunistischer Reconquista" ist.

Zweitens erlitt in diesen Gebieten und Regionen die „Präsidentenpartei" höhere Verluste als im gesamtrussischen Durchschnitt (die Abnahme von den Ja-Stimmen [1991] für den heutigen Präsidenten zu denen für seine Reformen [1993] betrug in der Russischen Föderation insgesamt 9 Prozentpunkte). Ausnahmen von dieser Regel sind die Region Krasnodar und das Gebiet Smolensk (minus 2,7 bzw. minus 4,3 Prozentpunkte), aber hier war schon 1991 der Grad der Unterstützung für Jelzin minimal (33,5 bzw. 30,8 Prozent gegenüber durchschnittlich 43 Prozent in Rußland). Mit anderen Worten: Die deutliche Grenzlinie zwischen den Teilen der Wählerschaft, die sich nach ihrer politischen Ausrichtung unterschieden, trat in diesen Gebieten schon damals zutage, und bei den Wahlen und beim Referendum 1993 bestätigten sie lediglich ihren Status als „Hort des Konservatismus", im Gegensatz zu den „Überläufern", den Gebieten Pensa, Lipezk und Tscheljabinsk.

Schließlich ist in diesen Regionen eine größere Zunahme des Wähleranteils, der die Konservativen aktiv unterstützt, zu verzeichnen als in Rußland insgesamt (+10,9 Prozentpunkte). Ausnahmen sind wiederum Tscheljabinsk, Tula, dazu Smolensk und Krasnodar. Aber während man sich im Falle der Gebiete Smolensk und Tula sowie der Region Krasnodar auf das schon Gesagte beschränken kann, ist das Beispiel Tscheljabinsk einer näheren Betrachtung wert. Aus den angeführten Zahlen geht hervor, daß dies eine Region ist, die

- 1991 die „Demokratie" auf das aktivste unterstützte (62 Prozent der Wähler stimmten für Jelzin, gegenüber 43 Prozent im russischen Durchschnitt);
- von den Möglichkeiten der neuen Macht, das Leben zum Besseren zu ändern, stark enttäuscht ist (Verluste der Reformanhänger: minus 23 Prozentpunkte gegenüber minus 9 im russischen Durchschnitt);
- sich vom früher lebhaften politischen Leben abgewandt hat (Rückgang der Wahlbeteiligung von 1991 bis 1993 von 80 auf 59 Prozent, in Rußland durchschnittlich von 75 auf 65 Prozent);
- es dabei aber nicht eilig hat, den Konservativen Treue zu schwören: Bei minimaler Unterstützung für Makaschow, Bakatin und Ryshkow bei den Wahlen von 1991 (10 Prozent gegenüber 18 im russischen Durchschnitt) ist auch eine nur mäßige Zunahme der aktiven Reformgegner (plus 8,9 Prozentpunkte gegenüber plus 10,9 für Rußland insgesamt) zu verzeichnen.

In dem deutlichen Beispiel des Gebiets Tscheljabinsk kommt eine allgemeine Gesetzmäßigkeit zum Vorschein: Es überwiegt eine Situation, in der die Verluste der Demokraten wesentlich höher sind als die Zugewinne der Konservativen. Der Ein-

druck entsteht, daß der Erfolg der letzteren bei den vergangenen Wahlen nicht so sehr ihr Verdienst im Kampf um die Köpfe und Herzen der Wähler ist als vielmehr ein Geschenk der Demokraten, denen innerhalb von zwei Jahren ihre Anhänger abhanden gekommen sind.

Was die Gebiete und Autonomien betrifft, die die „demokratisch-reformistische" Wahl getroffen haben, so findet man hier (bei Berücksichtigung ihrer geringen Zahl) mehr Ausnahmen als Gesetzmäßigkeiten. Eine Analyse der gleichen Kennwerte wie bei den konservativen Regionen bestätigt nur im Falle der Region Krasnojarsk und Kalmykiens, daß ein wesentlicher Anteil der Bevölkerung am Kurs marktwirtschaftlicher Reformen festhält. Hingegen läßt sich die Bevölkerung des Gebiets Sachalin und besonders die des Amur-Gebiets nach den Ergebnissen des Referendums nur schwerlich den Anhängern der Jelzin-Linie zurechnen. Im übrigen nehmen sich die vom Volk Gewählten hier sehr gemäßigt aus: Es sind Vertreter der großen Wirtschaft „mit langjähriger Berufserfahrung" (Jewgenij Krasnojarow, 43 Jahre, Chef eines russisch-japanischen Joint Venture, davor stellvertretender Direktor von „Sachalinrybprom"; der 46jährige Alexander Surat ist Direktor einer Baufinanzgesellschaft). Außerdem ist der neue Herr des Gebiets Sachalin nicht in allgemeiner Wahl gewählt worden: Der Gebietssowjet besiegelte lediglich die Präferenz des Präsidenten, der zuvor den starrköpfigen Walentin Fjodorow aus dem Amt gedrängt hatte.

Ein oberflächlicher Blick auf die Kennwerte der Wählerstimmungen in den demokratischen Regionen legt einen Schluß nahe, der sich auch im weiteren Verlauf der Untersuchung bestätigen wird: Es handelt sich um Gebiete, die in ihrer Zusammensetzung viel bunter und heterogener sind und deren Verhalten viel schwerer vorauszusagen und anhand von Gesetzmäßigkeiten zu analysieren ist als im Falle der konservativen Regionen.

„Reformerische" und „konservative" Regionen: Sind die Unterschiede wirklich so erheblich?

Hier soll versucht werden, eine allgemeine objektive Grundlage zur Feststellung des Mechanismus zu finden, durch den „demokratisch-reformerische" und „konservative" Kräfte an die Macht gelangen. Die Tabelle enthält einige sozial-ökonomische Grundcharakteristiken der Regionen, in denen Wahlen stattfanden. An erster Stelle ist die große Homogenität aller Kennwerte in der Gruppe der konservativen Regionen zu vermerken. Im wesentlichen handelt es sich hier um Regionen, deren Bevölkerungsstruktur ländlich und deren Wirtschaftsprofil agrar-industriell geprägt ist. Bei durchschnittlichen absoluten Werten des pro Kopf der Bevölkerung erzeugten Volkseinkommens geben sie insgesamt ein sehr „gedeihliches" Bild ab: Charakteristisch für diese Regionen sind ein Überschuß (oder Gleichgewicht) der Ausfuhr von Massenkonsumgütern gegenüber der Einfuhr von defizitären Gütern, ein Überschuß des produzierten Volkseinkommens gegenüber dem konsumierten (d.h. es sind „Geber"-Regionen) sowie ein „mäßiges" Tempo der Verarmung der Bevölkerung, wie es aus dem langsameren Vorauseilen der Preissteigerungen vor dem Zuwachs des durchschnittlichen Monatseinkommens der Bevölkerung zu ersehen ist.

Dagegen sind (wie schon gesagt) die Regionen, in denen die Wahl nicht auf einen Vertreter der alten Nomenklatura oder einen erklärten Kommunisten fiel, sehr unterschiedlich: von dem ländlichen und durch und durch agrarisch geprägten Kalmykien bis hin zu urbanisierten Gebieten mit einer vielgestaltigen Industriestruktur, wie der Region Krasnojarsk und dem Gebiet Sachalin. Insgesamt machen diese

Gebiete aber einen weniger günstigen Eindruck als die konservativen: Bei unterschiedlichen Werten des pro Kopf der Bevölkerung erzeugten Volkseinkommens sind sie alle stark von der Einfuhr von Massenkonsumgütern von außen abhängig, haben eine negative Bilanz zwischen dem produzierten und dem konsumierten Volkseinkommen (Ausnahme: Region Krasnojarsk) und weisen ein erhebliches Vorauseilen der Preissteigerungen vor den Einkommenssteigerungen der Bevölkerung auf. Formale sozial-ökonomische Indexwerte beantworten allein noch nicht die Frage nach der Motivation bei der Stimmabgabe. So stellt sich die Frage: Wofür stimmten die Wähler?

Die Antwort „Für die gute alte Zeit" oder „Für Erneuerung" mag zwar richtig sein, reicht aber sicher nicht aus. Eine eingehendere Untersuchung der Situation in der Provinz im Vorfeld des Referendums läßt einen eindeutigen Schluß auf einer anderen Ebene zu: In allen Fällen siegten diejenigen Kandidaten, die die objektiv bestehende Tendenz zur Souveränisierung der Regionen Rußlands in Betracht zogen und sie sich in der Weise zunutze machten, daß sie konsequentes Eintreten für die örtlichen Interessen, häufig gegen die Interessen des Zentrums, proklamierten.

Hierzu ein Vergleich der Grundpositionen in den Wahlprogrammen zweier „Antipoden": des erfolgreichen dreißigjährigen Geschäftsmannes der „neuen Welle" und Milliardärs Kirssan Iljumshinow (Präsident Kalmykiens) und des 56jährigen Jegor Strojew, vormals Erster Sekretär des Gebietskomitees der KPdSU in Orjol und Sekretär des ZK der KPdSU für Landwirtschaft. Trotz der Unterschiede in der politischen Couleur der Kräfte, die sie aufstellten und im Wahlkampf unterstützten, ließen sie in einigen Fragen eine erstaunliche Übereinstimmung erkennen:

1. Beide waren bemüht, sich vom politischen Kampf im Zentrum und von Äußerungen von „Parteilichkeit" fernzuhalten. Iljumshinow versprach, er werde nach seiner Wahl alle Parteien auflösen und den handlungsunfähigen Obersten Sowjet Kalmykiens entlassen. Im Programm Strojews äußerte sich das in weniger drastischer Form: Er setzte auf Professionalismus, Pragmatismus und Einigung aller Kräfte im Namen der gemeinsamen Sache: des Aufschwungs der Wirtschaft im Gebiet Orjol.
2. Beide verkündeten in ihren Wirtschaftsreformprogrammen, man wolle sich auf die eigenen Kräfte verlassen. Besonders machte sich das im Falle Kalmykiens bemerkbar: Trotz der Armut der Republik besiegte Iljumshinow, der jegliche Zuwendungen von seiten des Zentrums ablehnte, den General Walerij Otschirow, der seinen Landsleuten Vorzugskredite und Investitionen aus Moskau versprochen hatte. Ebenso im Falle Strojew: Dessen Ideen von der vorrangigen Entwicklung einer von Moskau unabhängigen agrar-industriellen Wirtschaft des Gebiets fanden bei allen Verständnis: Strojew wurde von den örtlichen Unternehmern unterstützt.
3. Als das Hauptziel ihrer Tätigkeit verkündeten beide „den Aufbau einer lichten Zukunft in einer einzelnen Region". Daß vor dem Hintergrund des armen Rußland regionaler Wohlstand möglich sei, versuchten beide auf ihre Art zu beweisen: Iljumshinow durch seinen eigenen Erfolg, mit dem Versprechen westlicher Kapitalzuflüsse in die Wirtschaft der Republik, mit einem radikalen Reformprogramm (aber mit stark ausgeprägter Berücksichtigung der örtlichen kulturellen Traditionen) und mit einer Subventionierung der Brot- und Milchpreise aus der eigenen Tasche. Auf der Habenseite bei Strojew standen seine Erfolge aus früherer Zeit, als in dem Gebiet viel für die Entwicklung neuer Formen der Landwirtschaft getan wurde. Außerdem sind in dem Gebiet schon heute die Preise für Lebensmittel erheblich niedriger, und die sozialen Probleme des Übergangs zur Marktwirtschaft erscheinen als nicht so akut.

Somit war in den Programmen beider der Grundstein zum Erfolg:

- „Parteiferne" und Pragmatismus;
- Distanzierung von den Problemen und Streitigkeiten in der Hauptstadt;
- Versprechen einer „lichten Zukunft" für die Landsleute, unabhängig vom Lauf der Dinge in Rußland insgesamt.

In der einen oder anderen Form finden wir diese Positionen auch bei den übrigen Wahlsiegern. Unnötig zu sagen, daß eine unabdingbare Voraussetzung für den Sieg das Image war, „einer von uns" zu sein, jemand, der im eigenen Gebiet geboren ist und dort sein ganzes Leben gearbeitet hat. Der prominente General und Held der Sowjetunion Walerij Otschirow, der den Posten eines stellvertretenden Oberbefehlshabers der Luftstreitkräfte innegehabt hatte, wurde nur als „Mann Moskaus" gesehen, der die Verbindung zur Heimat verloren hatte. Ihm stand mit Iljumshinow ein Mann gegenüber, der es vor seinem schwindelerregenden Höhenflug nur zu einem einfachen Schlosser in Elista gebracht hatte, wo auch seine Eltern, seine Frau und seine Tochter lebten.

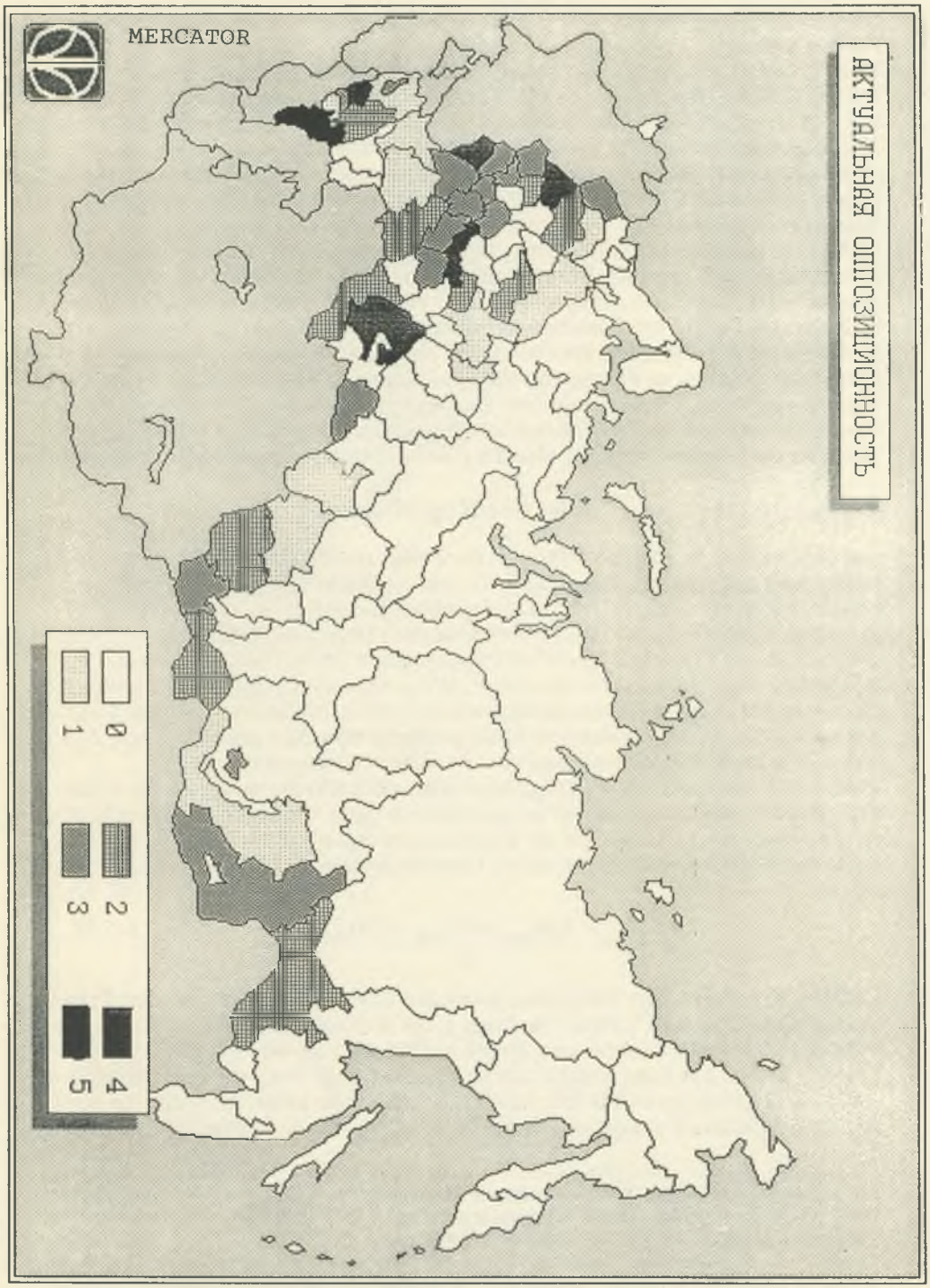
Ein anderes Beispiel ist Kursk, dessen Wähler mit dem Vorsitzenden des Gebietssowjets und früheren Sowchosdirektor Lichatschow einen Landsmann in das russische Parlament wählten und den scheinbar bekannteren, einflußreicheren und profilierteren Politiker Viktor Alksnis durchfallen ließen.

Im Vorfeld des gesamtrussischen Referendums, als der gesamte weitere Entwicklungsweg Rußlands völlig unklar war, distanzierten sich alle Regionen eiligst von den Problemen des Zentrums und erklärten in unterschiedlichen Formen ihre Unabhängigkeit. Im Gebiet Tscheljabinsk fand die Wahl des Verwaltungschefs auf Beschluß des Gebietssowjets gegen den Willen Jelzins statt, der den bisherigen Herrn des Gebiets im Amt bestätigt hatte. In Rostow am Don entschied der örtliche Sowjet, den Posten des Vertreters des russischen Präsidenten mangels Bedarfs abzuschaffen. In Nowosibirsk und Tscheljabinsk wurden die Auktionen zur Einlösung von sog. Vouchers [in Industriebeteiligungen] mit der vorgeschobenen Begründung ausgesetzt, das Zentrum habe mit Vouchers interveniert und Aktien örtlicher Unternehmen gekauft. Als fünfter Punkt des Referendums stand in Wologda, Tschita, Sankt Petersburg und Jekaterinburg (der Domäne des Präsidenten) die Frage nach einem höheren Grad an Selbständigkeit bis hin zum Status einer Republik der Russischen Föderation zur Abstimmung (natürlich stimmte die Bevölkerung dafür), während sich die Bewohner Baschkiriens für die völlige wirtschaftliche Unabhängigkeit ihrer Republik von Moskau aussprachen.

Noch symptomatischer ist die Versöhnungswelle, die vor dem Referendum über Rußland wogte. Waren die Differenzen, wie sie zwischen dem Präsidenten und dem Parlament bestanden, bis dahin auf die Ebene der Gebiete (Verwaltungschef gegen örtlichen Sowjet) übertragen worden, so wurde kurz vor dem 25. April in einigen Gebieten (Krasnojarsk, Wologda, Tula u. a.) offiziell in der Presse erklärt, daß es derartige Differenzen nicht gebe und daß man die Streitigkeiten in Moskau nicht billige

---

Zur nebenstehenden Karte Nr. 1: **Index der aktuellen Oppositionshaltung (AOH) der Regionen Rußlands gegenüber dem Zentrum (bzw. gegenüber dem Präsidenten und seiner Politik).**
Legende: 0 = Index unter dem gesamtrussischen Durchschnitt; 1 = erhöhte Oppositionshaltung; 2 = erhebliche Oppositionshaltung; 3 = hohe Oppositionshaltung; 4 = sehr hohe Oppositionshaltung; 5 = überhohe Oppositionshaltung.
Anmerkungen: 1. Für Tatarstan und den Aginsker Burjätischen Nationalkreis wurde AOH nicht berechnet. 2. In Moskau und Sankt Petersburg liegt der Index unter dem Durchschnitt, gemessen an ganz Rußland. 3. Der Index von Inguschetien gilt für das Territorium des ehemaligen Tschetscheno-Inguschetien. Bei den Berechnungen wurden Angaben für Tschetscheno-Inguschetien von 1991 und für Inguschetien von 1993 benutzt.


АКТУАЛЬНАЯ ОППОЗИЦИОННОСТЬ
MERCATOR
0
1
2
3
4
5

(obwohl der Verwaltungschef doch eigentlich ein Statthalter des Präsidenten in der Provinz war).

Somit haben wir es also mit einem raschen Absinken des realen Moskauer Einflusses auf das Leben in der Provinz zu tun. Für die Hauptmasse der Menschen bedeutet das, daß sie es sich abgewöhnt haben, die obrigkeitlichen Weisungen des Zentrums zu befolgen und sich für die Ereignisse in der Hauptstadt zu interessieren. Noch vor zwei Jahren hatte ja der Normalbürger die Gebietsverwaltung entweder als Transmissionsriemen zur Durchsetzung der Beschlüsse des Zentrums oder als ärgerliches Relikt der Stagnationsepoche angesehen (in der Hauptstadt regierten schon neue Leute, aber hier vor Ort saßen noch immer die „Ehemaligen" auf ihren Posten). Die Zeiten haben sich geändert. Heute kommt es nicht so sehr darauf an, ob jemand „rechts" oder „links", ein „Ehemaliger" oder ein „Neuer" ist – das Hauptkriterium ist heute das Gefühl der landsmannschaftlichen Zugehörigkeit, das Erfassen und Proklamieren der regionalen Prioritäten und die Distanzierung vom Zentrum. Zwar kann diese Situation im Prinzip von allen politischen Kräften genutzt werden, aber objektiv begünstigt sie die Konservativen. Diejenigen, welche die Politik des Präsidenten unterstützen, haben es tatsächlich schwerer, regionalen Separatismus zu predigen, als die Konservativen, die objektiv politische Differenzen mit Moskau haben.

Politische Nähe und Ferne der Regionen zum Zentrum

Um festzustellen, in welchen Regionen die Politik des Präsidenten auf Widerstand stoßen muß und – was die Hauptsache ist – um die Stärke dieses Widerstands zu ermitteln, haben wir eine quantitative und qualitative Analyse der Ergebnisse der allgemeinen Abstimmungen in Rußland durchgeführt (Referendum über das Schicksal der UdSSR und Präsidentenwahl 1991, Referendum 1993). Diese Analyse soll zeigen, welche Regionen schon heute sagen: „Wir gehen einen anderen Weg" und welche erst später zu dieser Entscheidung kommen werden. Mit anderen Worten: Es soll gezeigt werden, wo und in welchem Maße politische Illoyalität gegenüber dem Zentrum schon in das Massenbewußtsein der Bevölkerung eingedrungen ist.

Zunächst interessierte uns die Frage, wie stark in der jeweiligen Region die Ablehnung des Präsidenten ausgeprägt ist und wie sich diese Stimmung im Referendum 1993 äußerte. Als Kriterium für die Einschätzung diente ein für jede Region Rußlands errechneter Index der aktuellen Oppositionshaltung (AOH). Seine Formel lautet:

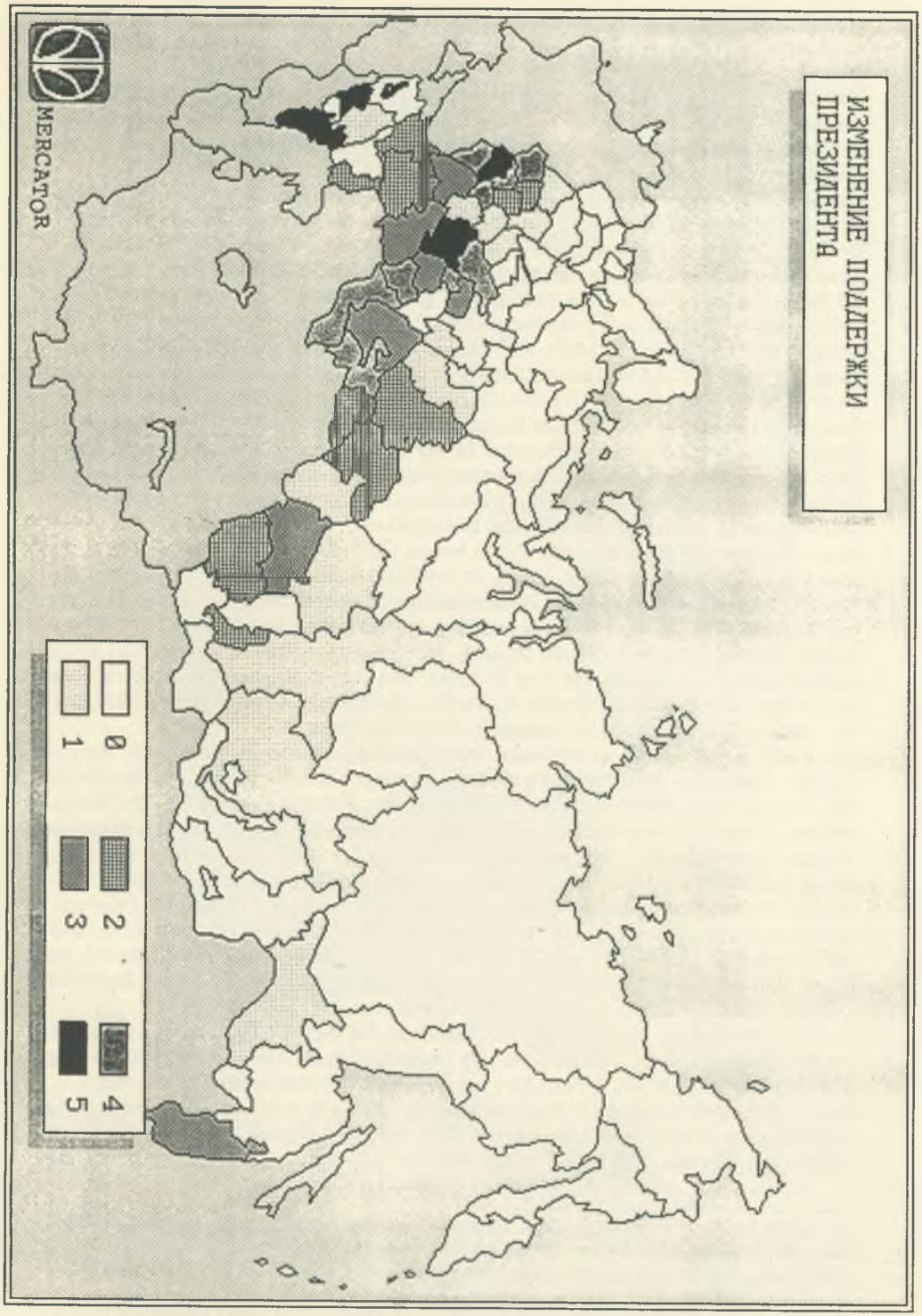
$$\frac{(A/A_{max} + B/B_{max} + C/C_{max} + D/D_{max}) \cdot 100}{4}$$

wobei **A** den Anteil aller Wähler der jeweiligen Region bezeichnet, die dem Präsidenten nicht vertrauen („Nein" zu Frage 1 des Referendums), **B** den Anteil der Wähler, die die sozial-ökonomische Politik des Präsidenten nicht billigen („Nein" zu Frage 2), **C** den Anteil der Wähler, die für eine vorzeitige Neuwahl des Präsidenten sind („Ja" zu Frage 3) und **D** den Anteil der Wähler, die keine vorzeitige Neuwahl der Volksdeputierten wünschen („Nein" zu Frage 4). Mit A_{max}, B_{max}, C_{max} und D_{max}

Zur nebenstehenden Karte Nr. 2: **Veränderung der Unterstützung für den Präsidenten Jelzin (VZP) durch die Bevölkerung der Regionen in den Jahren 1991–1993 (Index der Abnahme des Vertrauens, gemessen am gesamtrussischen Durchschnitt).**

Legende: 0 = der Grad des Vertrauens für den Präsidenten hat sich nicht verändert oder ist größer geworden; 1 = erhöhte Abnahme; 2 = erhebliche Abnahme; 3 = hohe Abnahme; 4 = sehr hohe Abnahme; 5 = überhohe Abnahme des Vertrauens.

Anmerkungen: 1. [Text wie zu Karte 1, S. 1136]. 2. In Moskau und Sankt Petersburg hat sich der Grad des Vertrauens für den Präsidenten faktisch nicht verändert. 3. [Text wie zu Karte 1].


ИЗМЕНЕНИЕ ПОДДЕРЖКИ
ПРЕЗИДЕНТА
0
1
2
3
4
5
MERCATOR

sind die genannten Indexwerte für diejenigen Regionen bezeichnet, in denen sie ihren höchsten Wert erreichten (das war, wie sich herausstellte, in allen Fällen Inguschien).

Auf diese Weise erhielten wir für jede Region eine Punktwertung des AOH-Index, die theoretisch zwischen 0 und 100 Punkten variiert. Der gesamtrussische AOH-Index betrug 36,5 Punkte bei einer realen Streuung von 17,7 (Autonomer Bezirk der Chanten und Mansen) bis zu 100 Punkten (Inguschien).

Die qualitative Bewertung der Situation in den Regionen wurde auf der Basis eines Vergleichs des AOH-Index mit dem Durchschnittswert für Rußland vorgenommen. Bei einer Überschreitung dieses Wertes um mehr als das Doppelte (73 Punkte und mehr) sprechen wir von einer **überhohen** Oppositionshaltung, bei einem Faktor von 1,5 bis 2 (54,7–73 Punkte) von **sehr hoher.** Liegt der regionale Wert um den Faktor 1,25 bis 1,5 über dem Durchschnitt (45,6–54,7 Punkte), bedeutet dies eine **hohe,** beim Faktor 1,125 bis 1,25 (41,0–45,6 Punkte) eine **erhebliche** Oppositionshaltung. Liegt der Grad der Oppositionshaltung über dem Durchschnitt, aber um nicht mehr als den Faktor 1,125 (36,5–41,0 Punkte), dann bezeichnen wir sie als **erhöht.**

Diese Bewertung ergibt folgendes Resultat: **Überhohe** Oppositionshaltung ist in Inguschien und Dagestan zu verzeichnen. In der Gruppe der Regionen mit **sehr hoher** Oppositionshaltung dominieren die nationalen Autonomien, und zwar Karatschaj-Tscherkessien (Karačaevo-Čerkesija), Baschkirien, Tschuwaschien und Mordowien. Dazu kommen auch russische Gebiete: Belgorod und Smolensk.

In der Gruppe der Regionen mit einem **hohen** Oppositionsindex überwiegen russische Gebiete. Charakteristisch für sie ist das Fehlen eines großen Gebietszentrums und die Existenz einer breiten „bodenständigen" Bevölkerungsschicht in Dörfern und Kleinstädten. Es sind Gebiete aus dem europäischen Teil Rußlands (Tambow, Kursk, Lipezk, Woronesh, Orjol, Brjansk, Rjasan, Pensa, Pskow, Uljanowsk) sowie zwei jenseits des Ural (Kurgan und Tschita). Von den staatlichen Gebilden der Nationalitäten fallen in diese Gruppe Kabardino-Balkarien, Adygej, Berg-Altai (Gornyj Altaj) und der Burjätische autonome Kreis Ust-Orda.

Die Gebiete mit einem **erheblichen** Oppositionsindex setzen die in der vorigen Gruppe begonnene Reihe fort. Es sind die Regionen des Nichtschwarzerdegebiets, die keine größere führende Stadt besitzen (Twer, Kaluga, Kostroma), des Wolgagebiets (Gebiet Saratow und Republik Marij-El [vormals ASSR der Mari]) sowie die Region Stawropol. Von den östlichen Regionen gehören in diese Gruppe die traditionell konservativeren Gebiete Orenburg, Amur, die Region Altai und Tuwa.

Erhöhte Oppositionshaltung ist in zwei „traditionell-russischen" Gebieten (Wologda und Nowgorod), den drei übrigen Regionen des Nordkaukasus (Region Krasnodar, Gebiet Rostow und Nord-Ossetien), des weiteren in den Gebieten Wolgograd und Kirow und im Komi-Permjakischen Kreis zu verzeichnen. Sibirien ist mit Burjätien und den Gebieten Omsk und Nowosibirsk vertreten.

41 von 86 Subjekten der Russischen Föderation, für die eine Berechnung angestellt wurde (Tatarstan, Tschetschenien und der Burjätische nationale Kreis Aginskoje wurden nicht berücksichtigt), haben einen unterdurchschnittlichen Oppositionsindex.

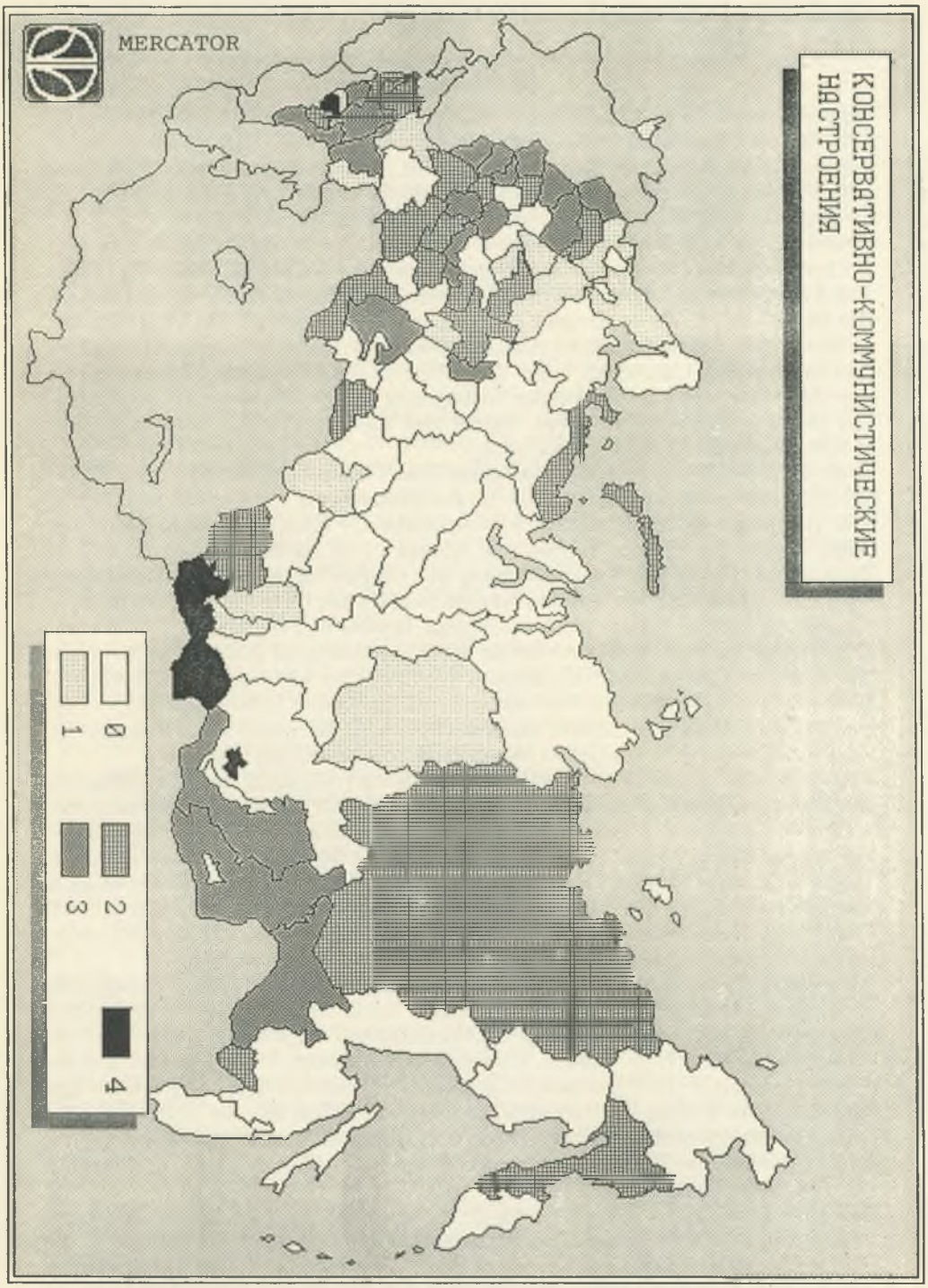
Neben der gegenwärtigen Oppositionshaltung, wie sie in den Ergebnissen des Referendums zum Ausdruck kommt, wurde auch die Veränderung der politischen Sympathien der Bevölkerung im Zeitraum 1991 bis 1993 untersucht. Der Index der Ver-

---

Zur nebenstehenden Karte Nr. 3: **Index der konservativ-kommunistischen Stimmungen (KKS) in der Bevölkerung, gemessen am gesamtrussischen Durchschnitt.**

Legende: 0 = der Index liegt unter dem gesamtrussischen Durchschnitt; 1 = erhöhter KKS-Index; 2 = erheblicher KKS-Index; 3 = hoher KKS-Index; 4 = sehr hoher KKS-Index.

Anmerkungen: 1. [Text wie zu Karte 1, S. 1136]. 2. In Moskau und Sankt Petersburg liegt der KKS-Index unter dem gesamtrussischen Durchschnitt. 3. [Text wie zu Karte 1].


КОНСЕРВАТИВНО-КОММУНИСТИЧЕСКИЕ НАСТРОЕНИЯ
MERCATOR
0
1
2
3
4

änderung der Zustimmung für den Präsidenten (VZP) wurde in Prozentpunkten gemessen und nach der Formel

$$(A/B - 1) \cdot 100$$

berechnet, wobei **A** den Anteil der Wähler (unter allen Wahlberechtigten) bezeichnet, die dem Präsidenten 1993 vertrauten („Ja" zu Frage 1 des Referendums), und **B** den Anteil der Wähler der Region, die 1991 für Jelzin stimmten. Dieser Wert kann natürlich positiv (Zunahme der Unterstützung) oder negativ sein (Abnahme der Unterstützung). Für Rußland insgesamt betrug er minus 12 Prozentpunkte.

Soweit in den Regionen eine Abnahme des Vertrauens in den Präsidenten zu verzeichnen war, diese aber unter dem Durchschnittswert für ganz Rußland lag (VZP-Index zwischen 0 und minus 12 Prozentpunkten), wird das als Abnahme **ersten Grades** bezeichnet. In dieser Gruppe sind die östlichen Regionen gut vertreten: die Gebiete Perm, Omsk, Tomsk, Irkutsk, Amur, Sachalin sowie die Region Krasnojarsk und die Republik Udmurtien. Unter den Gebieten des europäischen Landesteils ist eine Abnahme ersten Grades bei der Zustimmung für den Präsidenten in den Gebieten Moskau, Smolensk, Wladimir, Rjasan und Tambow ermittelt worden und im Nordkaukasus in der Region Stawropol.

In der Gruppe mit einer Abnahme **zweiten Grades** bei der Zustimmung für den Präsidenten (Veränderung um das Ein- bis Anderthalbfache des Durchschnittswerts, d.h. von minus 12 bis zu minus 18 Prozentpunkten) fanden sich Chakassien, die Altai-Region, die Gebiete Tjumen und Kurgan sowie Jelzins Bastion, das Gebiet Swerdlowsk. (Trotz der Rückbenennung der Gebietshauptstadt in Jekaterinburg trägt das Gebiet nach wie vor den Namen Swerdlowsk.) Ebenso gehören in diese Gruppe die Gebiete Kaluga, Tula, Wolgograd, Rostow und Astrachan.

Die Gruppe mit einer **hohen** Abnahme der Zustimmung für den Präsidenten (Abnahme **dritten Grades**) bilden die Regionen, in denen der VZP-Index um das Anderthalb- bis Zweifache über dem Durchschnittswert lag (minus 18 bis minus 24 Prozentpunkte). Es sind dies die Gebiete Saratow, Uljanowsk, Woronesh sowie Baschkirien, die Republik Marij-El, das Gebiet Nowosibirsk und die Region Primorje.

Eine **sehr hohe** Abnahme der Zustimmung zu Jelzin (Abnahme **vierten Grades,** um das Zwei- bis Dreifache des Durchschnitts bzw. minus 24 bis minus 36 Prozentpunkte) wurde für die an der Wolga gelegenen Gebiete Samara und Nishnij Nowgorod sowie das benachbarte Gebiet Orenburg ermittelt. Zentralrußland ist in dieser Gruppe durch die Gebiete Orjol, Brjansk, Lipezk und Belgorod vertreten. Auffällig ist auch der steile Rückgang des Vertrauens in den Präsidenten im Gebiet Tscheljabinsk (wenn auch der absolute Wert der Zustimmung noch immer hoch ist). Von den nationalen Autonomien fallen in diese Gruppe Adygej und Tschuwaschien.

Eine **überhohe** Abnahme der Zustimmung zu Jelzin (Abnahme **fünften Grades,** um mehr als das Dreifache des Durchschnitts, d.h. minus 36 Prozentpunkte und mehr) spricht für die politische Situation in den Nordkaukasus-Republiken Kabardino-Balkarien, Karatschaj-Tscherkessien, Dagestan und Inguschien sowie in Mordowien. Ebenso enttäuscht von Jelzin sind die Bewohner der Gebiete Kursk und Pensa sowie des nationalen Kreises der Tschuktschen (hier war zudem mit nur 29 Prozent eine außergewöhnlich niedrige Beteiligung an dem Referendum zu verzeichnen).

In 38 Subjekten der Russischen Föderation war der VZP-Index positiv (Zunahme der Zustimmung) oder nahe null.

Mit Hilfe eines dritten Indexwerts wurde versucht, den Grad der konservativ-kommunistischen (und das ist nicht gleichzusetzen mit den präsidentenfeindlichen) Stimmungen zu untersuchen. Als Kriterium für die Verwurzelung einer konservativen Orientierung kommunistischen Typs in den Provinzen diente

- erstens: die Antwort „Ja" auf die Frage nach dem Erhalt einer einheitlichen Sowjetunion beim Referendum 1991;

- zweitens: Stimmabgabe bei der Präsidentenwahl 1991 für einen der kommunistischen Kandidaten des von Moskau aufgestellten Dreigespanns Bakatin – Ryshkow – Makaschow (die für den kommunistischen „Zentrismus" und den linken und rechten Flügel der KPdSU standen);
- drittens: beim Referendum 1993 die Antwort „Nein" auf die Frage nach dem Vertrauen in die (als bürgerlich u. ä. bezeichnete) sozial-ökonomische Politik des Präsidenten.

Natürlich lassen diese Werte nicht automatisch erkennen, wie hoch der Anteil überzeugter Kommunisten in der jeweiligen Region ist, aber sie vermitteln ein zutreffendes Bild davon, wie stark sich jede Region zum konservativen Pol des politischen Spektrums hingezogen fühlt.

Der Index der konservativ-kommunistischen Stimmungen (KKS) ist in einer Punktwertung nach der Formel

$$\frac{(A/A_{max} + B/B_{max} + C/C_{max}) \cdot 100}{3}$$

berechnet worden, wobei A, B und C den Anteil der Wähler der Region (unter allen Wahlberechtigten) bezeichnet, die jeweils „ja" zum Erhalt der UdSSR (A), „ja" zu einem der kommunistischen Kandidaten (B) und „nein" zur Sozialpolitik des Präsidenten (C) sagten. Als A_{max}, B_{max} und C_{max} wurden die Zahlen derjenigen Regionen Rußlands eingesetzt, in denen sie ihren höchsten Wert erreichten. Aus der Formel geht hervor, daß der KKS-Index theoretisch von 0 bis 100 Punkten variieren kann (tatsächlich liegt er im Bereich zwischen 25,8 Punkten im Gebiet Swerdlowsk und 78,2 Punkten in der Republik Berg-Altai). Der Durchschnittswert des KKS-Index für Rußland liegt bei 48,0 Punkten.

Eine Einteilung der Regionen in Gruppen nach dem KKS-Index ist nach demselben Muster wie für den AOH-Index (aktuelle Oppositionshaltung) vorgenommen worden. Allerdings ist hier im Unterschied zum AOH-Index für keine Region ein überhoher Grad (Überschreitung des Durchschnittswerts um mehr als das Doppelte, d. h. 96,0 Punkte und mehr) festgestellt worden.

Ein **sehr hoher** Grad (Überschreitung des Durchschnittswerts um das Anderthalb- bis Zweifache bzw. 72,0 bis 96,0 Punkte) wurde für einige Autonomien festgestellt: im Burjätischen autonomen Kreis Ust-Orda, in Tuwa, Berg-Altai und Nord-Ossetien.

Die Gruppe der Regionen mit einem **hohen** KKS-Index (60,0 bis 72,0 Punkte) ist um einiges breiter gefächert. Hierzu gehört ein bedeutender Teil der Gebiete Zentralrußlands und der Zentralen Schwarzerde-Region: die Gebiete Smolensk, Twer, Rjasan, Orjol, Brjansk, Tambow, Kursk und Belgorod sowie aus der Nordwest-Region das Gebiet Pskow.

Hoch ist der KKS-Index auch in den Gebieten Tschita und Amur sowie in der Region Stawropol. Auf dieser Stufe sind auch viele staatliche Gebilde der Nationalitäten vertreten: der Süden Rußlands mit Dagestan, Karatschajisch-Tscherkessien und Kalmykien, das Wolga-Kama-Becken mit Mordowien, Tschuwaschien, Baschkirien und dem Komi-Permjakischen Bezirk, und Sibirien mit Burjätien.

Ein **erheblicher** „Konservatismus" (KKS-Index um den Faktor 1,125–1,25 über dem Durchschnitt bzw. von 54,0 bis zu 60,0 Punkten) ist am häufigsten im europäischen Teil Rußlands anzutreffen, und zwar in den Gebieten Saratow, Uljanowsk, Pensa, Kaluga, Lipezk, Woronesh, in der Region Krasnodar, den Gebieten Nowgorod, Kostroma und Kirow. Ebenso fallen in diese Gruppe die konservativen Regionen Orenburg und Kurgan in der Ural-Region, ferner die Region Altai sowie von den nationalen Autonomien Adygej, Inguschien (für 1991 wurden die Werte von Tschetscheno-Inguschien genommen), das Jüdische Autonomie Gebiet in Fernost, Jakutien, die nationalen Kreise der Korjaken und der Nenzen und die Republik Marij-El.

Ein **erhöhter** Grad konservativ-kommunistischer Sympathien (über dem Durchschnitt, aber um nicht mehr als den Faktor 1,125, KKS-Index von 48,0 bis zu 54,0 Punkten) ist in den Gebieten Rostow, Astrachan, Omsk, Kemerowo, in Chakassien, den Gebieten Iwanowo, Jaroslawl, Leningrad (das Gebiet Leningrad trägt nach der Rückbenennung der Stadt in Sankt Petersburg weiterhin den bisherigen Namen), Wolgograd, Kaliningrad, in Karelien, Udmurtien, Ewenkien und Kabardino-Balkarien zu verzeichnen. Von den Regionen Rußlands haben 28 einen KKS-Index unter dem Landesdurchschnitt.

Gruppierung der Regionen nach ihrer Haltung gegenüber der Regierung in Moskau

Auf der Basis der drei ermittelten Indexwerte (AOH, VZP, KKS) kann versucht werden zu analysieren, inwieweit insgesamt die Regionen für die gegenwärtige Macht in Moskau problematisch sind. Der AOH-Index legt den gegenwärtigen Grad der Opposition gegen das Zentrum und seine Ideologie fest, der VZP-Index spiegelt die Zunahme dieser Opposition in den letzten zwei Jahren wider, und der KKS-Index kennzeichnet den Grad der Verwurzelung konservativ-kommunistischer Dispositionen im Massenbewußtsein. Für jeden dieser drei Werte lassen sich die Regionen in fünf Gruppen einteilen. Für die Gesamtbewertung wurden an jede Gruppe Punkte vergeben (von 1 bis zu 5, je nach der Steigerung der für den Präsidenten und seine Politik ungünstigen Haltung), sodann wurden die Punkte, die die jeweilige Region für jeden Index erhalten hatte, summiert.

Somit kann die höchste Punktzahl 15 betragen (wenn eine Region in allen drei Fällen den fünften Grad erreicht hat). Das so ermittelte Resultat ist die integrale Bewertung der politischen Illoyalität der Regionen Rußlands gegenüber dem gegenwärtigen Zentrum. Je höher der Wert dieses integralen Index liegt, desto größer ist die potentielle Gefahr der Trennung vom Zentrum, der Souveränisierung usw. Unter anderem sind hier auch Szenarien einer „kommunistischen Reconquista" möglich – bei allen Vorbehalten, die bei der Verwendung dieses Begriffs geboten sind.

Ein Illoyalitätswert von 10 bis zu 15 Punkten kennzeichnet diejenigen Regionen, die am **stärksten** gegen den heutigen Kurs des Kreml opponieren. Zu ihnen gehören die fünf russischen Gebiete mit den am stärksten ausgeprägten traditionalistischen Dispositionen: Kursk, Belgorod (je 11 Punkte), Brjansk, Orjol und Pensa (je 10 Punkte). Ein die staatliche Integrität Rußlands bedrohendes Gegeneinander zwischen dem Zentrum und nationalen Autonomien läßt sich für Inguschien, Dagestan, Karatschaj-Tscherkessien, Mordowien, Tschuwaschien und Baschkirien voraussagen.

Ein **sehr hoher** Grad der Illoyalität (8 bis 9 Punkte) ist für Adygej und Kabardino-Balkarien sowie für einige russische Gebiete – Lipezk, Woronesh, Orenburg, Smolensk und Uljanowsk – ermittelt worden.

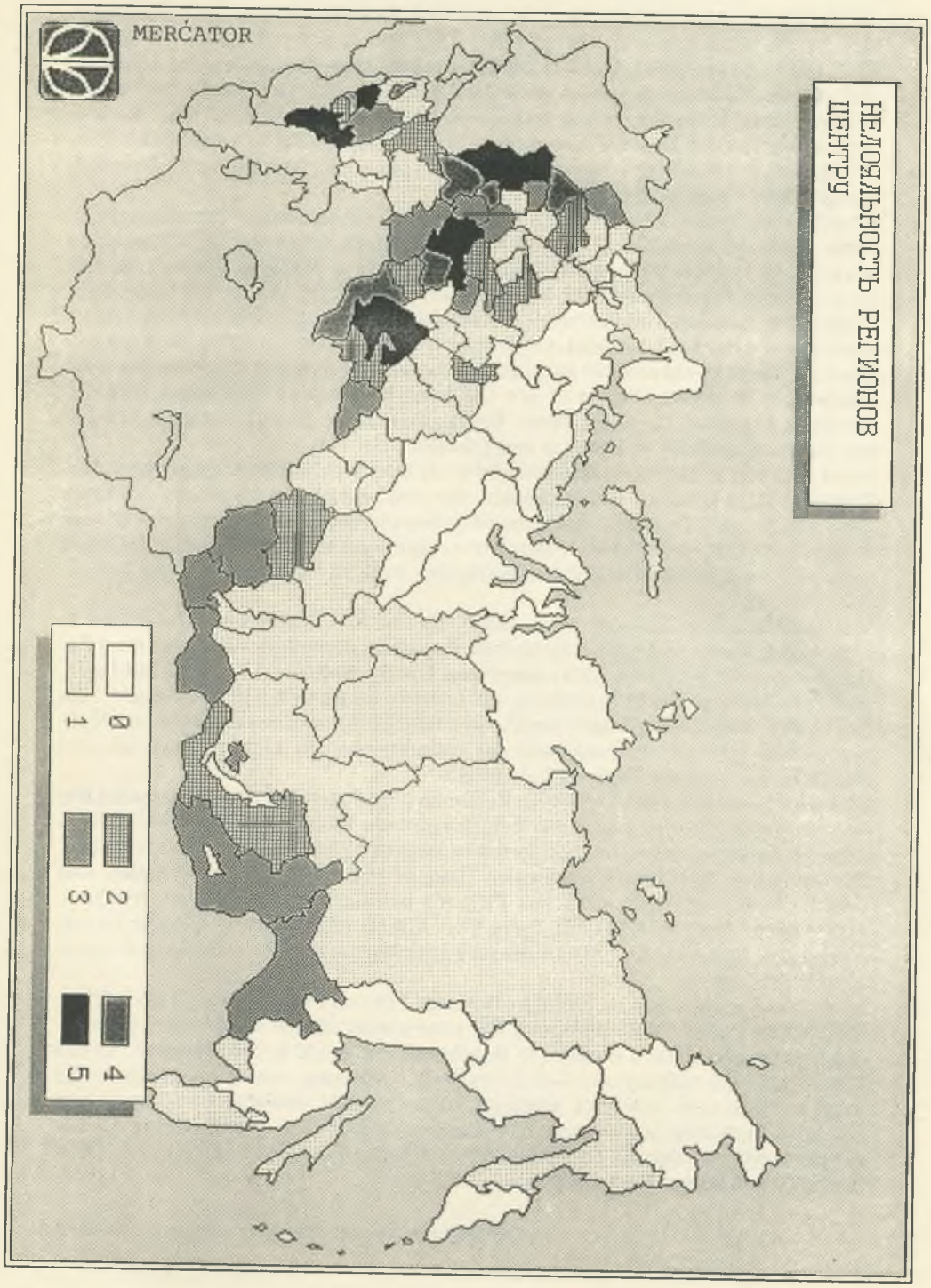
Hohe Illoyalität (6 bis 7 Punkte) ist eine ziemlich weit verbreitete Erscheinung: Im europäischen Teil Rußlands gehören in diese Gruppe die Gebiete Smolensk, Rjasan, Kaluga, Tambow und Pskow, ferner Regionen an der Wolga (Gebiet Saratow) und im Nordkaukasus (Region Stawropol). Nicht überraschen kann auch, daß in dieser Gruppe die oft als konservativ eingestuften Gebiete Kurgan, Amur und Tschita so-

---

Zur nebenstehenden Karte Nr. 4: **Gesamtbewertung der potentiellen Illoyalität rußländischer Regionen gegenüber dem Zentrum (vergleichender Index).**

Legende: 0 = loyale Regionen; 1 = erhöhte Illoyalität; 2 = erhebliche Illoyalität; 3 = hohe Illoyalität; 4 = sehr hohe Illoyalität; 5 = überhohe Illoyalität.

Anmerkungen: 1. [Text wie zu Karte 1, S. 1136]. 2. Moskau und Sankt Petersburg sind loyale Regionen. 3. Die Bewertung für Inguschetien erfolgte für das Territorium des ehemaligen Tschetscheno-Inguschetien.


НЕЛОЯЛЬНОСТЬ РЕГИОНОВ
ЦЕНТРУ
0
1
2
3
4
5
MERĆATOR

wie die Region Altai zu finden sind. Unter den Autonomien wurde eine hohe Illoyalität für die Mari-Republik, Tuwa, Berg-Altai und den Burjätischen autonomen Kreis Ust-Orda errechnet. Gebiete mit einer **erheblichen** Illoyalität (4 bis 5 Punkte) sind zumeist Nachbarn der schon genannten Regionen. Hierzu gehören die Gebiete Rostow, Samara, Nishnij, Nowgorod, Kostroma, Twer, Tscheljabinsk und Nowosibirsk, sowie von den national Autonomien Nord-Ossetien (das weniger stark als seine kaukasischen Nachbarn gegen das Zentrum opponiert), Burjätien und der Komi-Permjakische nationale Bezirk.

Erreicht eine Region 2 bis 3 Punkte, so nennen wir das in unserer Terminologie **erhöhte** politische Illoyalität. Dies trifft für die Regionen Krasnodar und Primorje zu sowie für die Gebiete Wolgograd, Astrachan, Nowgorod, Wologda, Kirow, Tula, Tjumen, Omsk und Swerdlowsk. Die Autonomien sind in dieser Gruppe mit Kalmykien, Chakassien, Jakutien, Udmurtien, dem Jüdischen Autonomen Gebiet und den nationalen Kreisen der Korjaken und der Nenzen vertreten. Wenn eine Region in unserer Skala nur einen Punkt erreicht hat, dann vermerken wir lediglich das Bestehen einer **ungünstigen Tendenz.** Dies ist in den Gebieten Kaliningrad, Leningrad, Moskau, Wladimir, Iwanowo, Jaroslawl, Perm, Tomsk, Kemerowo, Irkutsk, Sachalin sowie in der Region Krasnodar, in Karelien und Ewenkien der Fall.

Somit sind von 89 Regionen Rußlands 74 mehr oder weniger illoyal gegenüber dem Zentrum. Dazu kommen Tschetschenien, das ganz und gar der Moskauer Kontrolle entglitten ist, und Tatarstan, das seinen eigenen politischen Kurs verfolgt. Für eine Region (den Burjätischen nationalen Kreis Aginskoje) standen Basisinformationen nicht im erforderlichen Umfang zur Verfügung, weshalb keine Berechnungen angestellt wurden.

Von zwölf Regionen läßt sich sagen, daß sie für den Präsidenten und seine Politik in jeder Hinsicht eine Stütze sind. Es sind die Regionen, deren Indexwerte bei allen Positionen (AOH, VZP und KKS) **unter dem Durchschnittswert** für Rußland lagen, und zwar: Moskau, Sankt Petersburg, die Gebiete Murmansk und Archangelsk, die Republik Komi, die nationalen Bezirke der Jamalo-Nenzen, der Chanten und Mansen, Taimyr (Dolgano-Nenzen) und der Tschuktschen, die Gebiete Magadan und Kamtschatka sowie die Region Chabarowsk.

Zu dieser Liste lassen sich 14 weitere Regionen hinzufügen, die dem Präsidenten bislang die Treue gehalten haben und keinen erhöhten Wert konservativ-kommunistischer Stimmungen aufweisen, sondern ihre Punktzahl für integrale Illoyalität lediglich durch den Wert für die ungünstige Tendenz (VZP-Index) erreicht haben. Das sind die Regionen Krasnojarsk und Primorje und die Gebiete Moskau, Wladimir, Tula, Nishnij Nowgorod, Samara, Perm, Swerdlowsk, Tscheljabinsk, Tjumen, Tomsk, Irkutsk und Sachalin. Auffällig ist die schwache Vertretung der nationalen Autonomien in der Liste der „Guten".

So sah die Konstellation im Frühjahr 1993 aus. Für den Putschversuch vom 3. Oktober 1993 und seine Niederschlagung war zwar wieder einmal Moskau der entscheidende Schauplatz. Doch verdient es Beachtung, daß beide Seiten Rückhalt bei den Landesregionen suchten und daß deren Stellungnahmen, soweit sie innerhalb der wenigen Tage zum Ausdruck kommen konnten, nicht einhellig gewesen zu sein scheinen. Auch ohne gewaltsame Auseinandersetzungen und entsprechende Abstützungsversuche werden die regionalen Konstellationen für die künftige Entwicklung Rußlands von großer Bedeutung sein.

(Aus dem Russischen übersetzt von Bernd Bentlin)